

Eingang:

Frankfurt, 16.01.2014

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Vergünstigungen in städtischen Einrichtungen auch für Bundesfreiwillige

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. in allen städtischen Einrichtungen, die Vergünstigungen wie etwa einen ermäßigten Eintrittspreis für die Personengruppen der Studierenden, der Auszubildenden, der Schülerinnen und Schüler und der Berufsschülerinnen und Berufsschüler vorsehen, diese Vergünstigungen auch für die Personengruppe der Bundesfreiwilligen mit BFD-Ausweis zu gewähren.
2. die Vergünstigungen städtischer Einrichtungen für die Personengruppen der Studierenden, der Auszubildenden, der Schülerinnen und Schüler, der Berufsschülerinnen und Berufsschüler und der Bundesfreiwilligen altersunabhängig zu gewähren.

Begründung:

Der BFD-Ausweis soll es dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) zufolge Bundesfreiwilligen erleichtern, Vergünstigungen wie etwa Ermäßigungen bei Bussen und Bahnen, im Museum, Theater oder Schwimmbad tatsächlich in Anspruch nehmen zu können. Zu beachten sei, dass aus dem Ausweis selbst kein Anspruch auf Vergünstigungen hergeleitet werden könne. Er diene lediglich dem Nachweis des Freiwilligenstatus. Ob Bundesfreiwilligen Vergünstigungen gewährt würden, entschieden die jeweiligen Stellen, also etwa die Kommunen, die Verkehrsdienstleister oder die

kulturellen Einrichtungen. Sie würden auch die Altersgruppe festlegen, die die Vergünstigung erhalte.

In der Stadt Frankfurt bestehen für jede städtische Einrichtung bzw. jede in Frage kommende städtische Gesellschaft jeweils verschiedene Regelungen, die Bundesfreiwillige aber oftmals von den Vergünstigungen ausschließen. Angesichts der verbreiteten öffentlichen Meinung, der zufolge gerade außerschulisches bzw. außerberufliches Engagement für das Allgemeinwohl besonders zu honorieren sei, ist dieser Zustand nicht tragbar.

Wie das BAFzA darlegt, hat eine Kommune die Möglichkeit für ihre Einrichtungen verbindliche Regelungen zu treffen. Vor dem beschriebenen Hintergrund und auch um einer Altersdiskriminierung entgegen zu wirken, ist es daher geboten, dass die Stadt Frankfurt ihren Einrichtungen verbindlich vorschreibt, den Personenkreis der Anspruchsberechtigten um die Gruppe der Bundesfreiwilligen zu erweitern und die Vergünstigungen altersunabhängig zu gewähren.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reiningger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Peter Gärtner